

A 8612

DSTG *magazin*

11

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung
November 2005 · 54. Jahrgang



Flucht in höhere *Steuern?*

Dienstrecht darf nicht in Kleinstaaterei zerfallen

Gewerkschaftstag Westfalen-Lippe fordert:
„Starke Finanzämter für NRW!“

30. Deutschlandturnier der Finanzämter:
Ein Fest des Sports an der Saar

> Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Aus den Koalitionsverhandlungen gelangen nach und nach wenig gute Botschaften an die Öffentlichkeit. Dass die Kassen leer sind wussten alle. Jetzt werden die Fehlbeträge beziffert. 35 Mrd. Euro sollen allein in den nächsten 2 Jahren beim Bund eingespart werden. Das sind 15 % des Haushaltvolumens. Über die Wege und Mittel, dieses Ziel zu realisieren, wurde hart gerungen. Ziemlich schnell erwies sich als illusorisch, es könne eine Steuerreform mit Entlastung geben. Eine breite Diskussion entwickelte sich, die Mehrwertsteuer bis zu 20 % zu erhöhen.

Es ist eben leichter, in Wahlkämpfen Programme aufzustellen, als sie verantwortungsvoll umzusetzen. Bei dieser Lage der Haushalte – und dies ist nicht neu – heißt eigentlich das Gebot der Stunde, radikal bei Steuervergünstigungen und Subventionen einzugreifen. Nachdem Hans Eichel

beklagte, dass er die Probleme gesehen habe und sie lösen wollte, daran aber von der damaligen Opposition gehindert wurde, müssen die neuen Koalitionäre Vorschläge wieder aufgreifen, die der scheidende Finanzminister politisch nicht durchsetzen konnte. Im weiteren Verlauf der Debatte zeigt sich unweigerlich, dass allein über die Ausgabenkürzungen die Haushalte nicht zu sanieren sind.

Für eine Lösung muss man sich viel mehr der Einnahmenseite zuwenden. In der abgelaufenen Regierungszeit wurden für die Bürgerinnen und Bürger in der Hoffnung Steuern gesenkt, das Geld ginge in den Konsum und die Wirtschaft würde durch die Senkungspolitik wieder anspringen. Dies war ein Trugschluss und das Resultat muss die Politik nun bitter zur Kenntnis nehmen. Die DSTG hatte die von interessierten Kreisen behaupteten Selbstfinanzierungseffekte stets bezweifelt. Der Staat ist durch die Senkungspolitik ärmer geworden. Ein armer Staat ist aber nicht im Sinne des Normalbürgers. Einen armen Staat können sich nur die Reichen leisten und dies wird jetzt vielen Bürgerinnen und Bürgern schmerzlich bewusst.

Erste Aufgabe für den Steuerstaat ist und bleibt es, jedermann/frau gleich zu besteuern. Es muss in Zeiten der leeren Kassen alles getan werden, große und kleine Steuersünder zu entdecken und ihre Zahlungsverpflichtungen einzutreiben. Dies geht nur mit mehr Personal in der Steuerverwaltung. Bisher wird am falschen Ende gespart. Die Folgen sind sichtbar und spürbar. Der Binnenmarkt in Deutschland schwächelt auch deswegen, weil den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Beamtinnen und Beamten über Jahre hinweg spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen verweigert wurden. Die Politik predigte Lohnzurückhaltung. Wer aber im Portemonnaie nichts hat, kann nicht konsumieren. Dies ist ein Teufelskreis, den es zu durchbrechen gilt. Eine Mehrwertsteuererhöhung, die zum großen Teil in die Preise gehen wird, löst die Probleme des Binnenmarktes nicht, sondern verstärkt sie. Sie belastet die nichtselbständig Beschäftigten, die keine entsprechenden Gehaltserhöhungen erhalten werden.

Wenn die Finanzministerkonferenz dieser Tage als einzige Maßnahme zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung Systemänderungen diskutiert, löst dies keine Probleme, solange die Systemänderungen von der EU nicht genehmigt werden. Die Landesfinanzminister müssen viel mehr die Umsatzsteuerbetrügereien aktiv bekämpfen, denn den schwarzen Peter halten sie in den Händen. Ein Weiterschieben nach Brüssel hilft hierbei wenig. 10.000 Beschäftigte mehr in der Steuerverwaltung wären ein wirksames Mittel, die Haushalte zu konsolidieren. Es ist höchste Zeit, endlich zu handeln.

Mit kollegialen Grüßen

*Her
Dieter Odracek*

> Impressum

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. **Verantwortlich:** Dieter Odracek, Rafael Zender. **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. **Fotos:** M. Darchinger, DSTG-Archiv, Fiegel. **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. **Anzeigenpreisliste** Nr. 23 gültig ab 1. Januar 2002. Nachdruck honorarfrei gestattet. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

HERAUSGEBER DER dbb-SEITEN: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, S (0 30) 40 81-40, Telefax (0 30) 40 81-55 98. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz; **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner; **Redaktionssekretärin:** Sabrina Bruns. **Redaktionsschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV. **Verlag:** dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 7 26 19 17-0, Postbank: Köln 2017 04-503. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrisovergis, Tel. (02 01) 8 71 26-9 45, **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. **Anzeigentarif** Nr. 46 (dbb magazin). **Druckauflage** dbb magazin: 686.550 Exemplare (IVW 4/2004). **Vertrieb:** Heike Lohe, Tel. (02 11) 73 57-8 54, Telefax (02 11) 73 57-8 91. **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 0178-207X**

> DSTG

- > Dienstrecht darf nicht in Kleinstaaterei zerfallen 4–5



- > Gewerkschaftstag Westfalen-Lippe fordert: „Starke Finanzämter für NRW!“ 6
- > 30. Deutschlandturnier der Finanzämter: Ein Fest des Sports an der Saar 8–10
- > Ein neues Kapitel gibt Auskunft über die Wurzeln der DSTG – Teil 2 11–14
- > Tariffkommission tagt in Meschede: Länder blockieren Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst 15
- > Tauschcke 16

> dbb

- > dbb Medienkonferenz: Rechte wahrnehmen – Veränderungen nutzen 18–19
- > TVöD: Neuer Einigungsversuch 22–23
- > Urteil zu Beamtenpensionen 24
- > Pensionsvorsorge 24
- > Reform des Beamtenrechts 25
- > Pflegeversicherung 25
- > Frauen im dbb 26–28
- > Jugend im öffentlichen Dienst 30
- > Auslandstätigkeiten von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes 32–33
- > In acht Sekunden um die Welt 38
- > Brennpunkt Denkmalschutz: Vorsicht: Einsturzgefahr! 40–41
- > Die andere Meinung 42
- > dbb vorsorgewerk 43
- > Interview mit Marianne Birthler, Bundesbeauftragte Stasi-Unterlagen 46–47



Dienstrecht darf nicht in Kleinstaaterei zerfallen

Der DSTG-Bundesvorstand traf sich am 27./28. Oktober 2005 zu seiner 109. Sitzung in der Bundeshauptstadt Berlin. Neben dem Lagebericht der Bundesleitung, Berichten aus Kommissionen und Ausschüssen standen der weitere Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens zum Strukturreformgesetz sowie aktuelle politische Entwicklungen auf der Tagesordnung der zweitägigen Arbeitssitzung.

Die Etappen der Realisierung des dbb Eckpunktepapiers „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ sind nach Ansicht des DSTG-Bundesvorstandes bis zu dem Zeitpunkt gut verlaufen, als Mitte des Jahres das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zum Strukturreformgesetz verabschiedet hat. Der Entwurf ist zwar mit dem Ende der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages nicht verfallen, weil er nicht mehr in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht wurde. Jedoch zeigt die jüngste Stellungnahme des Bundesrates zum Reformpaket, dass noch harte Brocken aus dem Wege zu räumen sind. Zwar stimmt der Bundesrat der Förderung des Leistungsgedankens im Beamtenrecht zu, verweist andererseits jedoch darauf, dass im Strukturreformgesetz ein Bezug zu den Ergebnissen der letztjährigen Föderalismuskommission fehle. Ein Eckpunkt in der Meinungsbildung der gescheiterten Kommission war die eigenverantwortliche Gestaltung des Beamtenrechtes durch die Länder. Der DSTG-Bundesvorstand ist der Ansicht, dass die Entwicklung rund um eine Wiederbelebung der Föderalismus-

kommission für das Wohl und Wehe des Strukturreformgesetzes von entscheidender Bedeutung sein wird. Ein Kompetenzwechsel im Beamtenrecht zu Gunsten der Länder wird vom DSTG-Bundesvorstand nachdrücklich abgelehnt, weil damit der Weg in die Kleinstaaterei verbunden wäre und dieser einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst im 21. Jahrhundert verhindern würde.

► Bundesbetriebsprüfung ist zu stärken

Der DSTG-Bundesvorstand verschaffte sich einen Überblick über aktuelle Entwicklungen zur strategischen Neuausrichtung der Bundesbetriebsprüfung. Der zuständige Referatsleiter im Bundesministerium der Finanzen, Herr Ministerialrat Scheurmann-Kettner, stellte zu dieser Thematik die Eckpunkte einer Projektarbeitsgruppe vor. Diese kam zum Ergebnis, dass die föderale Struktur der deutschen Steuerverwaltung umständliche und zeit- sowie kostenintensive Abstimmungsprozesse erzwingt. Kommunikationsdefizite und mangelnde Kooperation begünstigten den Steuerbetrug. Unterschiedliche Datenverarbeitungssysteme und Verwaltungsverfahren behinderten den effizienten und gesetzesmäßigen Steuervollzug und führten zu erheblichen Steuer ausfällen beim Bund.

Die Projektarbeitsgruppe habe mehrere Modelle erarbeitet, mit denen diese Missstände vermieden werden könnten. Diese Vorschläge reichten von der Einführung einer Bundessteuerverwaltung über eine Konzentration der Prüfungs-



► Erläutert die aktuelle Gewerkschaftspolitik auf Bundesebene – DSTG-Chef Dieter Ondracek; links der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler, rechts DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender.

dienste beim Bund, der Zuständigkeit des Bundes für die Prüfung von Großbetrieben und Konzernen bis zur Prüfung bestimmter Betriebe durch den Bund.

Scheurmann-Kettner machte deutlich, dass bei einigen Modellen eine Änderung der grundgesetzlichen Finanzverfassung nicht notwendig sei. Unabdingbar für eine effektivere Bekämpfung des Steuerbetruges sei die personelle Aufstockung der Bundesbetriebsprüfung von derzeit 124 Prüfern auf 500 Personen. Neben der personellen Verstärkung könnten Prüfungsschwerpunkte gebildet werden.

Der DSTG-Bundesvorstand unterstützt die weitere personelle Verstärkung der Betriebsprüfung auf Bundesebene und fordert, im Bereich der Steuerfahndung neben einer ähnlichen personellen Verstärkung

ein vergleichbares schlagkräftiges Gesetzes- und Organisationsgerüst im Bund zu schaffen, um den Herausforderungen des Kampfes gegen Steuerbetrug und -kriminalität begegnen zu können.

► Bundeseinheitliche Fortbildungsdatenbank notwendig

Der DSTG-Bundesvorstand verschaffte sich einen Überblick über aktuelle Entwicklungen in der Organisationsstruktur der Finanzverwaltung. Der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler berichtete über die Automationswelt nach dem Ende des Projektes Fiscus. Mit der neuen KONSENS-Struktur seien die 16 Referatsleiter Automation und Organisation Auftraggeber neuer Softwareprodukte. Auftragnehmer sei die „Steuerungsgruppe IT“, der die Referatsleiter Automation der Län-

der Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen sowie des Bundes angehört. Dort würden die Entscheidungen zum Produkt IT-Strategie und zur IT-Architektur getroffen. Die Produkterstellung erfolge in den fünf Bundesländern nach gemeinsam verabredeter Aufgabenteilung. Eigenthaler referierte über die wichtigsten Projekte: zu nennen seien ELFE (einheitliches länderübergreifendes Festsetzungsverfahren), BIENE (bundeseinheitliches integriertes evolutionär neuentwickeltes Erhebungsverfahren) sowie GINSTER (Grundinformationsdienst Steuer). Weitere Projektverfahren seien eine länderumfassende Namensauskunft (LUNA), ein Unterstützungsprogramm für die Bußgeld- und Strafsachenstelle sowie den Steuerfahndungsdienst und die maschinellen Voraussetzungen zum Scannen, Archivieren und maschinellen Bearbeiten von Steuererklärungen (SESAM).

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Manfred Lehmann erläuterte die aktuellen Entwicklungen zur Einführung so



> Fordert mehr Personal und bessere Rahmenbedingungen für die Bundesbetriebsprüfung: Ministerialrat Scheurmann-Kettner.

genannter Kernkennzahlen in der Finanzverwaltung. Dieses Verfahren resultiere aus dem Projekt Leistungsvergleich der Finanzämter, bei dem unter anderem die Bertelsmann-Stiftung beteiligt gewesen sei. Anfang nächsten Jahres wollen die Länderfinanzminister die Einführung von Kernkennzahlen in der Finanzverwaltung beschließen, mit der mittelfristig ein Abfragesystem bei Beschäftigten der Finanzverwaltung und Bürgern entwickelt werden müsste.

Die DSTG wird diesen Prozess weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten.

Als weiterer Punkt stand die Einrichtung einer zentralen bundeseinheitlichen Fortbildungsdatenbank auf der Tagesordnung der Vorstandssitzung. Mit dem Fortbildungskonzept zur qualifizierten und ökonomischen Arbeitsweise in der Finanzverwaltung hat sich der DSTG-Bundesvorstand bereits im März 2004 für verbesserte Rahmenbedingungen in diesem Bereich ausgesprochen. Derzeit werden zur Vor-



> Hannelore Roedel bedankt sich beim Bundesvorstand für die gute Zusammenarbeit.

bereitung fachlicher Fortbildungen im Steuerrecht von den Lehrenden größtenteils eigene Konzepte und Vorträge entwickelt. Der DSTG-Bundesvorstand ist der Ansicht, dass diese Arbeitsweise im höchsten Grade unwirtschaftlich ist, weil in jedem Bundesland mehrfach Fortbildungsunterlagen zu gleichen oder ähnlichen Themen erarbeitet werden. Eine Effizienzgewinnung verspricht eine zentrale bundeseinheitliche Fortbildungsdatenbank, auf der Fortbildungsmaterialien abgelegt und bundesweit von sämtlichen Lehrenden für Vortragszwecke abgerufen werden könnten. Als Plattform könnte die bereits bestehende Datenbank

Aufis (Aus- und Fortbildung in der Steuerverwaltung) dienen, die vom Bundesministerium der Finanzen in Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum der Thüringer Steuerverwaltung eingerichtet und gepflegt wird. Diese Plattform gewährt schon heute einem bestimmten Personenkreis Zugriff auf wichtige Aus- und Fortbildungsinformationen.

> Bundesvorstand verabschiedete Kollegin Hannelore Roedel

Eingerahmt wurde die Arbeitssitzung von der nach der DSTG-Satzung vorgeschriebenen Verabschiedung von Kollegin Hannelore Roedel, die nicht wieder in den 16. Deutschen Bundestag eingezogen ist. Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek dankte ihr für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Ondracek hob hervor, dass Kollegin Hannelore Roedel in den letzten Jahren immer eine enge Verbindung zur DSTG gehalten habe. Mit ihrer Hilfe konnten zahlreiche Themen und Diskussionsschwerpunkte in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und das Parlament transportiert werden.

Die Vorsitzende des Bezirksverbandes Nordbayern der Bayerischen Finanzgewerkschaft und Vorsitzende der dbb Bundesfrauenvertretung, Kollegin Helene Wildfeuer, dankte der ehemaligen Bundestagsabgeordneten für die enge Zusammenarbeit speziell im Bereich der Frauen- und Familienpolitik.

Kollegin Hannelore Roedel bedankte sich beim DSTG-Gremium für die gemeinsame Arbeit im Bereich der Steuer- und Familienpolitik. Es sei ihr gelungen, zahlreiche gewichtige Eckpunkte in der Politik zu setzen. Der DSTG und der bfg bleibe sie in Zukunft verbunden.



> Konzentriertes Arbeiten im DSTG-Bundesvorstand.

Gewerkschaftstag Westfalen-Lippe fordert:

„Starke Finanzämter für NRW!“

Über 300 Delegierte und Gastdelegierte aus allen 66 Ortsverbänden konnte der Vorsitzende des Bezirksverbandes Westfalen-Lippe, Kollege Meinolf Guntermann, am 18. Oktober 2005 in der Halle Münsterland in Münster zum 23. Gewerkschaftstag begrüßen. Gleich zu Beginn der Veranstaltung zitierte Guntermann das Leitmotiv aus der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung „Neue Chancen für NRW“ und knüpfte daran unter Beifall der Delegierten die Forderung „Nur mit starken Finanzämtern für NRW“.

Mit einem hervorragenden Ergebnis von 98,6 % wählte der Gewerkschaftstag Meinolf Guntermann wieder zum Vorsitzenden. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden Kollegen Thomas Hartmann, Hans-Jürgen Schnieber und Friedhelm Thomas wurden mit beeindruckenden Voten in ihren Ämtern bestätigt. Neue stellvertretende Vorsitzende wurde die bisherige Beisitzerin Kollegin Stefanie Plikat. Schatzmeister des Bezirksverbandes ist weiterhin Kollege Heinz Katerkamp. Andrea Sauer-Schnieber, Thomas Quast und Rolf Dauwe komplettieren das erfolgreiche Team des geschäftsführenden Vorstandes.

Kooptierte Mitglieder bleiben Vera Dietrich als BPR-Vorsitzende und Helmut Overbeck als stellv. DSTG-Bundesvorsitzender.

Neben den Vorstandswahlen behandelten die Delegierten mehr als 100 Anträge und legten damit die Basis für die gewerkschaftliche Arbeit in den nächsten vier Jahren. Außerdem wurden Entschließungen zu den Themen Risikomanagement, Einmalzahlung und zum

Thema Landespersonalvertretungsgesetz verabschiedet.

In der öffentlichen Veranstaltung mit über 400 Teilnehmern warnte Meinolf Guntermann die Politik, Hand anzulegen am „Grundgesetz der Personalräte“. Er nutzte die Gelegenheit, der drohenden Zerschlagung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) energisch entgegenzutreten. Gerade in der Finanzverwaltung sei das LPVG wesentliche Stütze der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Personalräten, das sinnvoll und verantwortungsvoll genutzt werde. Die Rechte der Personalräte zu reduzieren, bedeute eine klare Kampfansage an die Gewerkschaft und werde auf erbitterten Widerstand stoßen.

Unter der souveränen Moderation des Journalisten Tom Hegermann (WDR) diskutierten die Landtagsabgeordneten Volkmar Klein (CDU), Gisela Walsken (SPD), Angela Freimuth (FDP) und Rüdiger Sagel (B90/Grüne) mit Dieter Ondracek und Hans-Jürgen Schnieber (beide DSTG) in einer Podiumsdiskussion über die Situation der Finanzverwaltung. Dabei machten die DSTG-Vertreter deutlich, dass die Beschäftigten von der Politik mehr Ehrlichkeit erwarten und dass Zusagen auch eingehalten werden. So müssten die Kürzungen der Sonderzuwendung und des Urlaubsgeldes ab 2006 rückgängig gemacht und die Leistungselemente gezahlt werden.

Die Statements der Landtagsabgeordneten ließen jedoch erkennen, dass aufgrund der Haushaltslage in NRW diese Diskussion eine äußerst schwierige bleiben wird.



> Der mit überragenden Voten gewählte geschäftsführende Vorstand des Bezirksverbandes Westfalen-Lippe (v. l. n. r.): Hans-Jürgen Schnieber, Rolf Dauwe, Andrea Sauer-Schnieber, Thomas Quast, Meinolf Guntermann, Friedhelm Thomas, Vera Dietrich, Stefanie Plikat, Heinz Katerkamp und Thomas Hartmann.

DSTG-Chef Dieter Ondracek thematisierte die zunehmende Steuerkriminalität und die damit einhergehenden Steuerausfälle, die wegen des Personalmangels in den Außendienststellen der Steuerverwaltung nicht wirksam bekämpft werden können. Es sei ein Skandal, wenn allein durch den Umsatzsteuerbetrag rund 20 Milliarden Euro Steuerausfall entstehe. In einer Pressekonferenz beleuchtete Meinolf Guntermann die Situation der Betriebsprüfungsdienste in NRW. Wenn jetzt nicht mit

erhöhten Einstellungen von Finanzanwärtern gegengesteuert werde, sei die Besetzung der Prüfungsdienste und auch des Innendienstes in den Finanzämtern vom Kahlschlag bedroht. Steuerausfälle in Millionenhöhe sind an der Tagesordnung und werden den Landeshaushalt weiter schwächen. Durch eine immense Zahl von Altersabgängen in den nächsten Jahren, auf die sich die Verwaltung nicht vorbereitet habe, werde es zum „Super-GAU“ in den Ämtern kommen, warnte Guntermann.



> Die Teilnehmer der von Tom Hegermann moderierten Podiumsdiskussion (v. l. n. r.): Hans-Jürgen Schnieber (HPR-Vorsitzender im FinMin NRW), Volkmar Klein, MdL (finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion), Angela Freimuth, MdL (Vizepräsidentin des Landtags NRW und finanzpolitische Sprecherin der F.D.P.-Fraktion), Tom Hegermann (WDR-Journalist), Gisela Walsken, MdL (stellv. Vorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion), Rüdiger Sagel, MdL (finanzpolitischer Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen) und DSTG-Chef Dieter Ondracek; daneben der Vorsitzende des Bezirksverbandes Westfalen-Lippe Meinolf Guntermann.

30. Deutschlandturnier der Finanzämter

Ein Fest des Sports an der Saar

Für das 30. Deutschlandturnier der Finanzämter konnte die Saarländische Finanzsportgemeinschaft die hervorragenden Sportstätten der Hermann-Neuberger-Sportschule in Saarbrücken reservieren. Auf dem Sportgelände hatte das Orga-Team um Hermann Leinenbach in mühevoller Eigenregie ein Festzelt als abendlichen Kommunikationstreffpunkt aufgebaut. Zu Beginn des Eröffnungsabends verlegten die Aktiven das Geschehen bei fast sommerlichen Temperaturen weitgehend nach draußen. Mit dem Einmarsch der Abordnungen aus allen Teilen der Bundesrepublik stieg die Stimmung im Zelt dann zum ersten Höhepunkt, begleitet durch die Bigband des Polizeimusikkorps des Saarlandes.

Die Redner hatten es in dieser Umgebung zwar schwerer als gewöhnlich im Stadion, aber sie zeigten alle sehr flexibel, wie sie mit positiver Stimmung umgehen können. Staatssekretär Gerhard Wack legte in Vertretung des saarländischen Finanzministers und Schirmherrn Peter Jacoby sein vorbereitetes Redekonzept zur Seite und gewann damit deutliche Sympathien, ebenso wie DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek und der saarländische Landesvorsitzende Matthias Bittner. Mit der Fahnenübergabe der Chef-Organisatorin des 29. Deutschlandturniers 2004 in Hamm, Renate Ackermann, an den Orga-Chef des 30. Deutschlandturniers, Hermann Leinenbach, eröffnete der Vorsitzende der Deutschen Finanzsporthilfe (DFSH), Richard Huber, das Deutschlandturnier 2005.

Am Freitagmorgen zeigte sich zu Beginn der Wettkämpfe aber



> Das jährliche Deutschlandturnier der Finanzämter wird von der Deutschen Finanzsporthilfe organisiert und der Deutschen Steuer-Gewerkschaft getragen.

doch der Herbst mit Regenschauern und als Folge mussten die Tennisbegegnungen in der Halle ausgetragen werden. Beim Fußball war Titelverteidiger Schleswig nicht am Start und die Gruppe C mit „Altmeister“ Essen-Ost, Berlin und den bekannt starken Mannschaften aus Bayern und Württemberg schien es in sich zu haben. In der Vorrunde blieben die Sensationen aus, die gesetzten Gruppenköpfe qualifizierten sich allesamt für die Hauptrunde. In Gruppe C erwischte es Berlin, die sich zum Auftakt drei Niederlagen leisteten und damit schon ausgeschieden waren und nicht nur Schwäbisch-Gmünd Platz zwei überlassen mussten, sondern noch hinter Potsdam und Dachau/Fürstfeldbruck lagen.

Im Tischtennis gab es wie immer bereits am ersten Tag Entscheidungen: Den Damen der FSG Düsseldorf gelang mit dem Endspielsieg die Revanche für das Vorjahr gegen das Team des LV Saar. Eine Überraschung war der gemeinsame dritte Platz des Berliner Teams mit dem FA Siegburg, der Siegermannschaft von Jena 2003. Auch bei den Herren gelang der OFD Frankfurt/Main die Titelverteidigung nicht. Es siegte der LV Hamburg,

der wieder mit Bernd Schiller, dem Einzelsieger der Turniere 2000, 2001 und 2003, angetreten war, vor dem Finanzamt Neuss, dem zuletzt 1998 der Turniersieg geglückt war. Frankfurt teilte sich den dritten Platz mit dem LV Schleswig-Holstein. Die selbsternannten Experten hatten schon vor der Endrunde im Fußball ihre Geheimtipps. Diese bekamen mit dem Viertelfinale neue Nahrung, denn alle Gruppensieger erreichten das Halbfinale, auch wenn Aachen-Kreis dafür gegen Marburg-Biedenkopf das Elfmeterschießen benötigte. Dort wartete Essen-Ost, das immer wieder seine alte Klasse hatte aufblitzen lassen und im „Nordrhein-Westfalen-Endspiel“ verdient mit 1:0 siegte. Das zweite Halbfinale bestritt der Norden, denn Hamburg und Neumünster waren Ihrer Favoritenrolle weiterhin gerecht geworden. Neumünster, das etliche „Anleihen“ beim Vorjahressieger Schleswig aufgenommen hatte, dominierte klar und siegte verdient mit 3:0. Das Endspiel fand auf hohem Niveau statt und hatte wechselseitige Vorteile mit einem leichten Plus für Essen-Ost. Nach der regulären Spielzeit stand es unentschieden, auch nach der Verlängerung 1:1 und erneut musste

ein Elfmeterschießen die Entscheidung bringen. Wie groß die nervliche Anspannung war, zeigten die Schützen mehr als die Torhüter, denn trotz zwei selbst nicht verwandelter Elfmeter ging Essen-Ost noch als Sieger vom Platz. Dritter wurde Hamburg nach einem 4:1-Sieg (im Elfmeterschießen) gegen Aachen-Kreis. Die Trostrunde entschieden die Kicker aus Offenburg im Elfmeterschießen gegen die SG Halldensleben/Genthin für sich. Den dritten Platz sicherten sich die Bayern aus Dachau/Fürstfeldbruck mit einem 2:0-Sieg gegen die Elf aus Mecklenburg-Vorpommern.

Beim Schachturnier dominierten altbekannte Namen. Hajo Vatter gewann sowohl mit der Mannschaft Baden I vor Brandenburg II als auch im Einzel vor Ralf Schöne (Brandenburg I).

Beim Tennisturnier der Damen gewann die an Platz 7 gesetzte Karoline Juntke im Endspiel deutlich gegen die Vorjahressiegerin Kerstin Poppe (beide Rheinland-Pfalz) nachdem sie bereits in der dritten Runde die Titelverteidigerin Susanne Katzmarek (Mülheim) ausgeschaltet hatte. Bei den Herren gelang es dem an Platz 1 gesetzten Alexander Tapaße nicht, seine Siege von 2002 und 2003 zu wiederholen. Er unterlag in einem hart umkämpften Endspiel dem Saarländer Markus Morsch, dem ein 7:6, 6:4-Sieg und damit die Wiederholung seines Turniersiegs aus dem Jahre 1999 glückte.

Im Endspiel des Tischtenniseinzeltourniers der Damen kam es zu einer Wiederholung des „kleinen Finales“ von Jena 2003. Bettina Schmidt (Koblenz) siegte gegen Anne-Kathrin Mews (Eberswalde), Platz 3 teilten sich Ria Johann und Sabrina Blum vom LV



> „Wir sind wieder da!“ intonierten die Fußballer des FA Essen-Ost und freuten sich über ihren Turniersieg.

Saar. Bei den Herren gelang Ralf Neul (Frankfurt) mit dem Einzelsieg gegen Bernd Schiller (Hamburg) eine Revanche gegenüber dem Mannschaftsergebnis. Dritte wurden Jürgen Ahrens Dorf (Schleswig-Holstein) und Martin Schlicht (Frankfurt).

Im Kegelwettbewerb glänzten die Scherenbahnspezialisten: Tanja Wolf (Trier) siegte vor Titelverteidigerin Gabriele Markt (Kleve) und bei den Mannschaften das Finanzamt Neuss I überlegen vor Kempen. Die Herrenkonkurrenz entschied wie im Vorjahr Stefan Jülich (Mönchengladbach) mit 13 Holz Vorsprung für sich; dafür gelang dem Zweitplatzierten T. Steil der Mannschaftssieg mit der FSG Trier bei 20 Holz Vorsprung vor Mönchengladbach.

Bei der abschließenden Siegerehrung bedankte sich Richard Huber beim gesamten Helferteam der FSG Saar mit Hermann Leinenbach an der Spitze für diese reibungslose Veranstaltung. Zum Abschluss und zur gleichzeitigen Einladung zum 31. Deutschlandturnier in Berlin übernahm die Sportorganisatorin und stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Berlin, Christa Röglin, aus der Hand von Hermann Leinenbach symbolisch die DSTG-Fahne.

> Glücksrad für einen guten Zweck

Im Rahmen des Turniers war der DSTG-Werbeausschuss wieder mit dem Glücksrad vor Ort und sammelte für einen guten Zweck. Der Erlös von 258,- €, den die DSTG-Bundesleitung auf 500,- € „aufgerundet“ hat, geht diesmal an die „Rudi-Kappes-Stiftung“ – eine gemeinnützige Stiftung privaten Rechts, die unverschuldet in Not geratenen Menschen hilft und geistig und körperlich Behinderte unterstützt. Der regionale Schwerpunkt liegt im Saarland.

Weitere Infos und Ergebnislisten des 30. Deutschlandturniers unter www.deutschlandturnier2005.de.

Ergebnisse des 30. Deutschlandturniers der Finanzämter 2005 in Saarbrücken

Fußball

1. FA Essen -Ost
2. FA Neumünster
3. FSG Hamburg
4. FA Aachen-Kreis

Fußball (Trostrunde)

1. FA Offenburg
2. SG Haldensleben/Genthin
3. FA Dachau/Fürstenfeldbruck

4. FSG Mecklenburg-Vorpommern

Tennis – Damen

1. Karoline Juntke (LV Rheinl.-Pfalz)
2. Kerstin Poppe (LV Rheinl.-Pfalz)
3. Frauke Wagner (BV Düsseldorf)
4. Andrea Schemm (Bayern)

Tennis – Herren

1. Markus Morsch (LV Saar)
2. Alexander Tapaße (BV Westfalen)
3. Frank Weidemann (LV Bremen)
4. Marko Kritzler (BV Düsseldorf)

Tischtennis – Mannschaft – Damen

1. OFD Düsseldorf
2. FSG Saar
3. LV Berlin, FA Siegburg

Tischtennis – Mannschaft – Herren

1. LV Hamburg
2. FA Neuss
3. LV Schleswig-Holstein OFD Frankfurt/M.

Tischtennis – Einzel – Damen

1. Bettina Schmidt (OFD Koblenz)
2. Anne-Kathrin Mews (FA Eberswalde)
3. Ria Johann (FSG Saar) Sabrina Blum (FSG Saar)

Tischtennis – Einzel – Herren

1. Ralf Neul (OFD Frankfurt/M.)
2. Bernd Schiller (FSG Hamburg)

3. Jürgen Ahrens Dorf (LV Schl.-Holst.)
4. Martin Schlicht (OFD Frankfurt/M.)

Schach – Einzel

1. Hans-Joachim Vatter (BV Baden)
2. Ralf Schöne (LV Brandenburg I)
3. Ingolf Gernert (Bayer. Finanzgew.)
4. Andreas Goschin (BV Düsseldorf I)

Schach – Mannschaft

1. BV Baden I
2. LV Brandenburg II
3. BV Düsseldorf I
4. LV Berlin I

Kegeln – Mannschaft – Damen

1. FA Neuss I
2. FA Kempen
3. FA Viersen
4. LV Berlin

Kegeln – Einzel – Damen

1. Tanja Wolf (FSG Trier I)
2. Gabriele Markt (FA Kleve)
3. A. Scheilen (FA Köln-Ost)
4. B. Ramisch (FA Neuss I)

Kegeln – Mannschaft – Herren

1. FSG Trier I
2. FA Mönchengladbach-Mitte I
3. LV Saar
4. FA Mönchengladbach-Mitte II

Kegeln – Einzel – Herren

1. Stefan Jülich (FA Mönchengl.-Mitte)
2. T. Steil (FSG Trier I)
3. M. Kirsch (LV Saar)
4. Detlef Holzhäuser (FSG Trier I)



> Die Mannschaftssiegerinnen im Kegeln vom FA Neuss I (in blauem Shirt) mit den Zweitplatzierten aus Kempen (in rotem Shirt).

Ein neues Kapitel gibt Auskunft über die Wurzeln der DSTG

Blick in die DSTG-Geschichte: Das Ende der Weimarer Republik – Persönlichkeiten, die die berufspolitische Arbeit gestaltet und begleitet haben

Teil 2 – Fortsetzung aus DSTG Magazin, Ausgabe 10/2005

► Das Ende der Weimarer Republik

In den Jahren 1929 bis 1930 wurden die rechten Parteien immer stärker. Am 11. Oktober 1931 wird die „Harzburger Front“ gegründet „zur Neuformierung der nationalistischen Opposition“ aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und „Stahlhelm“, einem Bund der Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges. Sie stellen sich gegen die Weimarer Demokratie auf mit dem Ziel, sie zu zerstören. Am 30. Mai 1932 stürzt die Regierung Brüning. Der ultrakonservative Franz von Papen bildet ein Kabinett der „Nationen Konzentration“ ohne parlamentarische Mehrheit. Am 31. Juli 1931 gewinnen die Nationalsozialisten die Reichstagswahl mit fast 40 %, Hermann Göring wird Reichspräsident.

► Das Ende kommt schnell

- Im November 1932 tritt das Kabinett von Papen zurück und General Kurt von Schleicher wird für wenige Monate Reichskanzler.
- Am 30. Januar 1933 ernennt Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hit-

ler zum Reichskanzler, der ein Kabinett aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und dem „Stahlhelm“ bildet. Die Weimarer Republik ist damit endgültig zusammengebrochen. Adolf Hitler hat die demokratischen Instrumente der Weimarer Reichsverfassung genutzt und legal die Macht ergriffen.

► Die „Gleich- schaltung der Gewerkschaften“

Damit ist auch das Ende der Gewerkschaften eingeläutet. DBB und BDR, zwei erfolgreiche starke Gewerkschaften, werden mit dem nationalsozialistischen Parteiapparat „gleichgeschaltet“.

Der letzte Bundestag des BDR fand im Mai 1933 in Dresden statt – zu einer Zeit, als die Gleichschaltung schon eingeleitet war.

Das Vorwort der Bundesleitung zum Geschäftsbericht nährt eine trügerische Hoffnung: „Wir leben in der Zeit der nationalen Revolution. Sie kann nur Umwälzung im aufbauenden Sinn bedeuten. Ihr großes und letztes Glied ist der Wiederaufbau und der Aufstieg Deutschlands. Tra-

Haus | Geld | Vorsorge



**Mit Durchblick
flexibel
BauSparen!**

Für meine Zukunft seh' ich blau.

**Darlehen ab
2,25%***
**Guthaben bis
3,50%****

* Effektiver Jahreszins des Bauspardarlehens ab 2,43%.

** Bei einer Vertragslaufzeit von 7 Jahren und Verzicht auf das Bauspardarlehen. Nicht bei Vertragsänderungen, Vor- und Zwischenfinanzierungen und Abtretungen.

**Ihr BHW Berater weiß, wie's geht:
01802 - 244 411 oder www.bhw.de
(0,06 Euro pro Gespräch)**

BHWA
Haus + Geld + Vorsorge

gen wir alle dazu bei, dass das große Werk gelingt. Wir glauben an eine bessere Zukunft für das deutsche Volk und für uns.“

Mit der Gleichschaltung war die berufspolitische Arbeit von BDR und DBB beendet und ihre gewerkschaftliche Tradition unterbrochen. Beide konnten stolz zurückblicken auf ihre mehr als 13-jährige Geschichte. Sie haben als Gewerkschaften das Wagnis der Demokratie angenommen und sind letztlich daran gescheitert, dass die Weimarer Demokratie in den Köpfen und Herzen der Bürger, auch der Beamten, nicht verankert war und die rechten und linken Ränder des Parteienspektrums immer breiter wurden. Ein Prozess, der sich schon in den 20er-Jahren aufbaute und der zur Katastrophe des Nationalsozialismus führte.

► **Persönlichkeiten, die die berufspolitische Arbeit gestaltet und begleitet haben**

Geschichte ist mehr als ein Prozess von politischen Handlungsabläufen über die Jahrzehnte hinweg. Die Gewerkschaftsgeschichte spiegelt sich auch in der Biografie der Menschen wider, die sie gestaltet und begleitet haben.

Ferdinand Potzel führt BDR

BDR-Vorsitzender war seit März 1923 Ferdinand Potzel. Er hatte das Amt vom Kollegen Palaschewski übernommen, der „aus persönlichen Gründen“ zurückgetreten war, ohne dass es einen Hinweis auf die Umstände des Rücktritts gegeben hätte.

Ferdinand Potzel stammt aus Nürnberg. Hervorgehoben

wird seine „überragende Redekunst, sein elastisches Anpassungsvermögen, sein hervorragendes organisatorisches Können“. Potzel hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der BDR sich zu einer starken Kraft im DBB entwickelt hatte, mit einer weiten Ausstrahlung in die Gesellschaft und in die Öffentlichkeit hinein. Er hat eine zersplitterte Reichssteuerbeamtenschaft geeinigt. Im BDR waren alle Laufbahngruppen vertreten, vom Amtsgehilfen bis hin zu den Spitzenbeamten des Reichsfinanzministeriums. Eine herausragende organisatorische und politische Leistung.

Unverdrossen hat Potzel auf den völligen Zusammenbruch der Finanzämter hingewiesen und in einer Aufsatzreihe gefragt „Wer will noch weiter die Verantwortung tragen?“. Eine Antwort konnte er nicht geben, auch die Politik hat sie nicht gefunden. „Unvergessen bleibt sein heroischer Kampf um die Gestaltung der Besoldungsreform 1927, um die große Stellenvermehrung des Jahres 1927, um die gerechte Dienstpostenbewertung und vieles andere mehr“, heißt es in der Steuer-Warte.

Nach der Gleichschaltung war Potzel noch kurze Zeit Leiter der „Reichsfachgruppe, Reichssteuerverwaltung im Deutschen Beamtenbund“. Nach wenigen Monaten verlieren sich seine Spuren. Beerdigt wurde er in Oberaudorf am Inn. Hermann Fredersdorf erinnert sich, dass die DSTG ihm nach dem Kriege dort einen Gedenkstein errichtet hat, der jedoch heute nicht mehr aufzufinden ist.

Wilhelm Flügel prägt DBB

Die DBB-Geschichte in den zwanziger Jahren ist maßgeblich geprägt worden durch

ihren Vorsitzenden, Wilhelm Flügel. Im Mai 1920 wurde er in sein Amt gewählt.

Flügel war Lehrer und seit dem Jahr 1904 im Schuldienst der Stadt Berlin. Von Anfang an war er gewerkschaftlich orientiert. So gründete er bereits im Oktober 1909 den „Bund der Festbesoldeten“ und wurde später dessen Vorsitzender.

Bei Ausbruch der Revolution im Jahre 1918 war Flügel Mitglied des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates. Mit aller Kraft setzte er sich für die Beendigung der revolutionären vordemokratischen Zustände ein. Berufspolitisch erreichte er sehr schnell, dass die „wohl erworbenen Rechte der Beamtenschaft“ im Dienstrecht verankert wurden.

Gleichwohl war Wilhelm Flügel nicht unumstritten im DBB. Er war gewerkschaftlich kämpferisch, persönlich aber zurückhaltend und sensibel. Die DBB-Gremien haben sich oft an ihm gerieben: „Sein abgeklärtes Wesen, das vielen oft zu abgeklärt schien, vermied dabei, bestehende organisatorische Schwierigkeiten im DBB im Frontalangriff zu lösen, sondern er versuchte vielmehr, sie über Vermittlung und Verhandlung aus dem Weg zu räumen. Dies ist Flügel sehr oft verdacht worden, besonders auch in den Kreisen der Reichshoheitsbeamten, die zeitweise in einem starken Gegensatz zu ihm standen“, so die kritische Bewertung des BDR.

Von Anfang an widersetzte sich Flügel rechtsradikalen Strömungen. So war er ein kompromissloser Gegner des Nationalsozialismus.

Unmittelbar nach der Machtübernahme ist er bereits im März 1933 von all seinen

Ämtern zurückgetreten, nachdem man ihm vorgeworfen hatte, mit dem rechtsradikalen Parteien nicht kooperiert zu haben. Der sensible und charismatische Mann hat dies alles nicht ertragen. Im Dezember 1934 ist er – erst 56 Jahre alt – aus dem Leben geschieden.

► **„Persönlichkeiten der Steuerkultur“**

Politiker und Beamte des Reichsfinanzministeriums haben die Gewerkschaftsarbeit des BDR in den zwanziger Jahren begleitet. Darunter auch „Persönlichkeiten der Steuerkultur“, wie sie Alfons Pausch in seinem gleichnamigen Buch porträtiert hat (NWB Verlag – Herne/Berlin 1992).

Zwei Persönlichkeiten treten aus der Vielzahl der Menschen hervor, die das Schicksal der Reichssteuerbeamten in den Jahren bis 1933 mitgeprägt haben: Johannes Popitz, der legendäre Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, und Rolf Grabower, der von 1926 bis 1933 Leiter des Betriebsprüfungsdienstes der Reichsfinanzverwaltung war.

Beamtendarlehen
Festzins ab 5,45% (Ges.Laufzeit)

Für alle Beamten a.L. über Lebensversicherung von 5.000,- € bis 100.000,- €. Auszahlung ab 100%. Zins fest für gesamte Laufzeit: 12-20 Jahre.
effekt. Jahreszins ab 6,53%

Bsp.: 30jähr. Beamter a.L., Laufz. 20 J., Zins 6,35%, 96% Ausz. Effi. 6,97%
€ 20.000,- mtl. Zins + LV € 179,40
€ 90.000,- mtl. Zins + LV € 799,60

• **Verwendung der Überschuß- und Gewinnanteile auch zur Laufzeitverkürzung möglich.**

Sonderkredit zum Ausgleich Ihres Girokontos bis € 10.000,- mtl. € 119,98. Laufzeit: 120 Monate effektiver Jahreszins: 6,99%.

• **Sonderkonditionen auch an Arbeiter u. Angestellte des ö. D.**
• günstige Hypotheken-Darlehen
Persönliches Angebot und Hotline
☎ 044 08/93 82-0

Schirmer & Partner
OHG Darlehensvermittlung
27798 Hude · Lupineweg 5
Fax 044 08/93 82-19

WWW.SCHIRMERPARTNER.DE

Johannes Popitz sieht „starken Staat“ als Anker für die Gesellschaft

Johannes Popitz, geboren am 2. Dezember 1884 in Leipzig als Sohn eines Apothekers, war der kontinuierliche Gesprächspartner im Reichsfinanzministerium. Dabei ging es nicht nur um die Steuerpolitik, sondern insbesondere auch um die Organisation der Reichsfinanzverwaltung und die Bezahlung ihrer Beamten. Denn im Reichsfinanzministerium wurden die Steuergesetze nicht nur vorbereitet, sondern auch ihr Vollzug in den Reichsländern organisiert.

Johannes Popitz war ein schwieriger, aber fairer Gesprächspartner. Seinen Mitarbeitern war er „Vorbild und Ärgernis“ zugleich (Pausch). Nach seinen juristischen Staatsexamen trat Popitz nach einer Orientierungsphase u. a. in der Kommunalverwaltung in das Reichsschatzamt Berlin ein. Er bereitete schon zu dieser Zeit eine Reichsumsatzsteuer vor. 1919 wurde er in das Reichsfinanzministerium übernommen und war dort nach mehreren leitenden Positionen von 1925 bis 1929 Staatssekretär.

Johannes Popitz war ein Jurist seiner Zeit. Nach den Erfahrungen mit einer labilen Weimarer Demokratie war für ihn ein starker Staat ein sicherer Anker für die Gesellschaft und ein faszinierendes System von Recht und Ordnung. So stand er zunächst dem Nationalsozialismus offen, ja wohlwollend gegenüber. Nach der Machtergreifung Hitlers wurde er sogar zum preußischen Finanzminister berufen.

Schnell erkannte er jedoch, dass sich auf legalem Weg ein Staat heranzubilden, dem der „formale Gesetzesbegriff“ keine Legitimität verschaffen konnte. In dieser Einsicht versuchte er, den Unrechtsstaat von

innen heraus zu bekämpfen. Später hat er vielen Verfolgten geholfen und versucht – soweit dies überhaupt möglich war – seiner christlichen Gewissensüberzeugung zu folgen.

Der Tübinger Historiker Klaus Scholder hat diesen Gewissenskonflikt auf den Punkt gebracht: „In ihm (Popitz) stellt sich das Verhältnis von Geist und Gewaltherrschaft am schwierigsten dar. Sein Versuch, der Machtergreifung einen positiven Sinn zu geben, war bedeutender, seine Verstrickung in das System tiefer und zugleich seine moralische Kraft größer als bei vielen anderen“ (zitiert bei Pausch a. a. O.).

Schon früh nahm Popitz Kontakt zu Widerstandskreisen auf. Nach dem Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde Popitz am Tage darauf von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Fürstentberg gebracht. Am 3. Oktober 1944 verurteilte ihn der Volksgerichtshof unter dem Vorsitz von Roland Freisler zum Tode. Am 2. Februar 1945 wurde er gemeinsam mit Carl-Friedrich Gördeler, dem ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister, durch den Strang hingerichtet.

Rolf Grabower – Architekt der Betriebsprüfung

Eine weitere herausragende „Persönlichkeit der Steuerkultur“ war Rolf Grabower, der „Architekt des Betriebsprüfungsdienstes im Interesse der gleichmäßigen Besteuerung“. Grabower – am 31. Mai 1883 in Berlin geboren – war evangelischer Christ und nach den Nürnberger Rassengesetzen „Dreivierteljude“. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Jurist 1919 in das Reichsfinanzministerium berufen und war dort von 1921 bis 1925 Ministerialrat und Referent für Umsatzsteuer.

Bereits nach der Reichsabgabenordnung aus dem Jahre 1919 hatten die Finanzämter die Befugnis, Bücher und Aufzeichnungen zu prüfen und zu diesem Zweck die Geschäftsräume der Betriebe zu betreten. Dies löste schon damals einen Proteststurm aus. Der Proteststurm steigerte sich noch, als nach der Novellierung der Reichsabgabenordnung Großbetriebe im Anschluss geprüft werden konnten. „Ausraubungssystem“ „Steuersadismus“ usw. sind nur wenige Schimpfwörter, mit der die Betriebsprüfung belegt wurde.

Rolf Grabower wurde 1926 durch Staatssekretär Popitz mit dem Aufbau des Prüfungsdienstes im ganzen Reichsgebiet beauftragt. Rolf Grabower wird daher zu Recht als der Vater und Schöpfer der Betriebsprüfung angesehen.

Für den BDR war er ein besonders bedeutsamer, effektiver Gesprächspartner. Die neuen Dienstposten des Betriebsprüfungsdienstes waren gut dotiert, um deren Ausweitung zu kämpfen es sich lohnte.

Obwohl Grabower nach den Nürnberger Rassegesetzen belastet war, gelang es zunächst, mit Unterstützung von Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk ihn im Reichsfinanzministerium zu belassen. Später wurde er als

Reichsfinanzrat an den Reichsfinanzhof abgeschoben. Auch dort war er nicht mehr länger zu halten. Die Jahre 1936 bis 1945 verbrachte er im Konzentrationslager Theresienstadt. Dort wurde er mit wenigen Überlebenden im Mai 1945 von der Roten Armee befreit.

Nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches wurde Grabower bereits im Herbst 1945 Oberfinanzpräsident in Nürnberg, wo er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1952 wirkte. Grabower gehörte damit zu den Männern der ersten Stunde, die die Steuerverwaltung in einem föderalen Verfassungssystem nach dem Kriege aufgebaut haben. Rolf Grabower starb 1963 im 80. Lebensjahr.

Auch nach der „Gleichschaltung“ ist die „Steuer-Warte“ als Zeitung der „Fachschaft Reichssteuerverwaltung“ weiter erschienen unter dem ständigen Untertitel: „Zuerst Deutscher – dann Beamter“.

Wir wollen den Weg der Reichssteuerverwaltung von 1933 bis 1945 auch anhand dieser Quelle weiterverfolgen und versuchen, die tragischen Verstrickungen und Gewissenskonflikte zu zeigen, in die die Kolleginnen und Kollegen damals hineingetrieben wurden.

*Paul Courth,
Bonn-Bad Godesberg
DSTG-Bundesgeschäftsführer i. R.*

Kompetenz in Sachen Steuerrecht und Rechnungswesen



Katharinenstr. 18
70182 Stuttgart
Tel.: 0711 2158-0
Fax: 0711 2158-122

Seminare für Azubis
zum/zur **Steuerfachangestellten**
(1 Woche)

1. Ausbildungsjahr Osterferien
2. Ausbildungsjahr Herbstferien
3. Ausbildungsjahr Faschingswoche

Steuerrechtsseminar

berufsbegleitend ab Oktober

Vorbereitungslehrgänge
SteuerberaterIn

Paukkurs April
Teilzeit September

Mündliche Prüfungssimulation ab Januar

■ Freecall 0800 00 222 11

E-Mail info-s@fbd-bildungspark.de · www.fbd-bildungspark.de

Tarifkommission tagt in Meschede:

Länder blockieren Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst

Auf ihrer Herbstsitzung Ende September in Meschede forderte die DSTG-Tarifkommission den Druck auf die Länder zu erhöhen, damit sie ihre Blockadehaltung gegen den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) aufgeben, endlich die Modernisierung des Tarifrechts für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes anerkennen und in entsprechende Verhandlungen mit der dbb tarifunion eintreten.

Auch die Beschäftigten im Länderbereich wollen und brauchen ein modernes Tarifrecht.

Die Tarifkommission hält an der Bedingung fest, dass an der Einheitlichkeit des Flächentarifvertrages nicht gerüttelt werden darf. Nur ein Flächentarifvertrag garantiere auch weiterhin den altbewährten Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Der mit Bund und Kommunen vereinbarte neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst sei Grundlage für die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die inzwischen wieder aufgenommen wurden, unterstrich der Vorsitzende der Tarifkommission, Kollege Helmut Overbeck.



> Die Mitglieder der Tarifkommission in Meschede.

Auf der umfangreichen Tagesordnung der 70. Kommissionssitzung standen u.a. eine ausführliche Information über den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sowie den Tarifvertrag zur Überleitung in den TVöD, die Tarifverhandlungen zur sozialen Absicherung im Tarifgebiet

Ost, neuere Entwicklungen in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes im Bereich der VBL, Auswirkungen auf die Eingruppierung bei Einführung neuer Organisationsformen, die Ergebnisse der Sozialversicherungswahlen 2005 sowie Arbeiter- und Organisationsangelegenheiten.



> Anfang Oktober machte sich eine bunt gemischte DSTG-Reisegruppe des Landesverbandes Bremen auf den Weg nach Berlin, um im Rahmen eines Tagesausfluges sowohl das politische als auch das gewerkschaftliche Informationsbedürfnis zu stillen und auch ein wenig das Flair der Metropole zu genießen. 27 Kolleginnen und Kollegen reisten unter der Leitung ihres Landesvorsitzenden Winfried Noske per ICE in die Hauptstadt. Dort wurde die Gruppe zunächst im Plenarsaal des Deutschen Bundestages über die wechselvolle Geschichte des Reichstagsgebäudes umfassend informiert. Ein Besuch in der gläsernen Kuppel rundete den Vormittag ab. Am frühen Nachmittag wurden die Bremer Gäste vom Bundesvorsitzenden in der DSTG-Geschäftsstelle erwartet. Bei Kaffee und Kuchen informierte Dieter Ondracek zwei Stunden lang in seiner bekannt kurzweiligen Art über aktuelle gewerkschaftliche Themen, die auf spontanes Interesse der Bremer Mitglieder stießen und zu einer interessanten Diskussion führten. Nachdem der Rest des Nachmittages den Mitgliedern frei zur persönlichen Verfügung gestanden hatte, ging es gegen 19 Uhr wieder gemeinsam mit dem Zug zurück nach Bremen, wo eine gelungene gewerkschaftliche Veranstaltung ihren Ausklang fand.

Lehrgänge zum Steuerberater

Samstagslehrgang*	ab 20.5.2006
Dreimonatskurs*	5.6. – 25.8.2006
Crash-Kurs*	28.8. – 22.9.2006
Fernlehrgang*	ca. 1 Jahr
Klausurenkurs	1.4. – 15.9.2006

*inklusive Loseblattausgabe, Klausurenkurs, mündl. Vorbereitung

STEUER-LEHRGÄNGE DR. STITZ

DEUTSCHE AKADEMIE FÜR STEUERN, RECHT & WIRTSCHAFT

Begutachtet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung. Zugelassen durch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht.

Individuelle Beratung und Betreuung

Aktuelles Steuerrecht für Praktiker:

Steuerliche Überlegungen zum Jahresende 2005	26.11.2005
Aktuelles Bilanzsteuerrecht	21.01.2006
Aktuelles Einkommensteuerrecht	18.02.2006

50476 Köln, Postfach 10 36 65
Tel.: (02 21) 4 20 56 20
Fax: (02 21) 4 20 56 11
E-Mail: steuer@stitz.de
Internet: www.stitz.de

Partner von Abels/Kallwas/Stitz
Lehrgänge zum WP/vBP
www.aks-online.de

> TAUSCHHECKE

- Steueramtmann (Steuerfahndung) und Steueramtsfrau aus Nordrhein-Westfalen (OFD Düsseldorf) suchen (mindestens einen) Tauschpartner aus Schleswig-Holstein (bevorzugt Großraum Kiel). Tel. 02 11/77 98 46 92 (dienstlich) oder 01 78/4 93 55 01.
- Steueramtsfrau und Steueramtmann (A 11) aus Brandenburg suchen aus familiären Gründen Tauschpartner aus NRW. Bitte meldet euch dringend unter 01 72/3 91 32 85 oder E-Mail: seudzim@yahoo.de
- Welche/r Steuerinspektor/in (A 9) aus Nordrhein-Westfalen (OFD Düsseldorf) sucht eine Tauschpartnerin aus Thüringen (OFD Erfurt, Finanzamt Gera, u. U. Abordnung zum StARoV Gera)? Ggf. auch als Ringtausch mit Baden-Württemberg (FA Stuttgart-Kö.) möglich. Bitte melden unter Tel. 01 62/2 71 84 45 oder p.brauer@hotmail.de
- StI'in aus Brandenburg (FA Finsterwalde) sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Sachsen-Anhalt oder Niedersachsen. Bitte meldet euch unter 0 39 02/4 02 48 oder 520052449267-001@t-online.de
- Suche dringend A 10er aus Niedersachsen mit Ziel Hamburg. Versetzungsantrag läuft. Tel. 01 72/5 94 61 44, E-Mail: s.bartschat@gmx.de
- Steueramtsfrau (A 11) aus Hessen sucht Tauschpartner aus Rheinland-Pfalz (A 11 oder A 10), auch Ringtausch. Tel. 0 69/24 45 28 47.
- Welcher A 9er aus Rheinland-Pfalz oder dem Saarland möchte nach Nordrhein-Westfalen wechseln? Bitte meldet euch dringend unter 01 72/2 14 98 62 oder Patricia.Malcherek@mediatec.biz
- StAI Z aus Nordrhein-Westfalen (OFD Münster) sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner aus Baden-Württemberg. Ggf. Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wurde gestellt. Interessenten bitte melden d. 0 23 31/18 04 53 oder p. 01 75/7 08 53 41.
- Gesucht wird eine/r Steuerinspektor/in A 9, der/die von Bayern nach NRW wechseln möchte für einen Ringtausch. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Tel. 01 73/8 75 71 48 oder 0 87 61/72 75 14, E-Mail: janineblume@web.de
- Steuerinspektorin (A 9) aus dem Bereich der OFD Frankfurt/M. sucht dringend aus privaten/familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus den Bereichen der OFD Köln oder Düsseldorf. Ein Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bei Interesse melden Sie sich bitte bei Sandra Kahlau, Tel. 01 74/9 67 36 71 oder s.kahlau@fiscus.info
- StOS (A 7) aus NRW (OFD Münster – FA Siegen) sucht aus familiären Gründen dringen eine/n Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Karlsruhe. Versetzungsantrag wurde gestellt. Bevorzugtes FA: Heilbronn. Tel. 0 27 38/25 69.
- Welcher A 9er aus Schleswig-Holstein oder Hamburg möchte nach NRW (OFD Münster)? Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet euch dringend unter 01 73/2 54 66 31.
- Steuerinspektorin (A 9) aus Niedersachsen sucht Tauschpartner/in aus Nordrhein-Westfalen. Bitte melden unter Tel. 05 41/9 99 75 04 (ab 18.00 Uhr).
- Welcher A 9er aus NRW oder Niedersachsen möchte nach Baden-Württemberg wechseln? Auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet euch dringend unter Tel. 0 73 91/50 82 30 oder Handy 01 76/23 38 89 54.



> Ortsverband Stendal zu Besuch in der Bundesgeschäftsstelle

Aus Stendal besuchten die DSTG-Ortsverbandsvorsitzende Beate Flieger (im Bild links) und ihre Kolleginnen und Kollegen die Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Nach Informationen über die Organisation und Arbeit der Bundesgeschäftsstelle erläuterte Bundesgeschäftsführer Rafael Zender die politische Lage nach der Bundestagswahl und die zu erwartenden dienst- und steuerrechtlichen Vorhaben der neuen Bundesregierung. Da es sich der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Kollege Günter Martini, auch an seinem Geburtstag nicht nehmen ließ, zu der Gruppe zu stoßen, konnten auch aktuelle landespolitische Probleme, insbesondere die aktuellen Einsparungen vertieft behandelt werden.

Goethe im Finanzdienst

Ein ideales Geschenkbuch für vielseitige Zwecke, z. B. Geburtstage, Jubiläen, Ehrungen, Besuchspräsent.
144 Seiten, Geschenkbuchformat 17,5 x 21 cm,
Hardcover farbig, durchgehend illustriert,
ISBN 3-00-011648-6, Preis 15,- € (zzgl. Versandkosten)

Bestellungen erbeten an den:

Steuer-Gewerkschaftsverlag
Friedrichstr. 169/170
10117 Berlin

- telefonisch: 0 30/20 62 56-650
- per Telefax: 0 30/20 62 56-601
- per E-Mail: stgv@dstg-verlag.de



Goethe im Finanzdienst

Ein Ausschnitt aus dem Staatsdienst des Dichters

Herausgegeben von Dieter Ondracek,
Bundesvorsitzender der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)
Präsident der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE)

Verfasst von Dr. Alfons Pausch und Jutta Pausch